



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 23. Juni 1886.

Nr. 285.

Berlin, 22. Juni. Bei der heute angefangenen Ziehung der 3. Klasse 174. Königl. preussischer Klassenlotterie fielen:

- 1 Gewinn von 15,000 M. auf Nr. 45679.
- 2 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 55163 91275.
- 1 Gewinn von 1800 M. auf Nr. 83396.
- 6 Gewinne von 900 M. auf Nr. 8351 37090 58761 64344 77036 80250.
- 11 Gewinne von 300 M. auf Nr. 2140 11494 15891 19768 23828 46323 53004 72344 74700 81374 84731.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Das Befinden des Kaisers ist, wie aus Bad Ems gemeldet wird, trotz des kalten und trüben Wetters vorzüglich. Zu dem gestrigen Diner hatte der Kaiser keine Einladungen ergehen lassen. Heute früh trank der Kaiser am Kesselbrunnen, machte sodann eine Promenade und nahm später den Vortrag des Generalleutenants v. Albedyll entgegen. Zum Diner hatten Einladungen erhalten der Erbprinz von Oldenburg, der Herzog Georg von Oldenburg und Prinz Reuß XIII.

Wie aus Gastein geschrieben wird, ist der Kaiser dort bestimmt zum 18. Juli angemeldet. Die Kaiserin von Oesterreich wird am 1. Juli, die Großherzogin von Weimar in den ersten Tagen des Juli erwartet.

Betreffs der Verhandlung des Bundesraths über die Errichtung eines Seminars für orientalische Sprachen war berichtet worden, die Königlich sächsische Regierung habe um deswillen gegen die bezügliche Vorlage gestimmt, weil sie sich für die Errichtung des Seminars in Leipzig interessire. Dem gegenüber bemerkt das offizielle „Dresd. Journal“, daß die sächsische Regierung ihre Abstimmung mit der zu Protokoll gegebenen Erklärung motivirt hat, „daß sie die Errichtung des projektirten Seminars als von den Interessen des Reichs erfordert anerkenne, daß sie aber nicht vermöge, sich mit der in Aussicht genommenen Verbindung des Instituts mit einer Landesanstalt einverstanden zu erklären und daher genöthigt sei, gegen die Vorlage zu stimmen“.

Die „Newyorker Staatszeitung“ bringt über die Verurtheilung Most's und seiner Genossen folgenden Bericht:

Sobald Recorder Smyth seinen Sitz auf der Richterbank eingenommen hatte, wurden ihm die drei Gefangenen vorgeführt. Most stand zwischen seinen beiden Genossen Braunschweig und Schenk. Recorder Smyth ließ den Anwalt der Anarchisten ruhig aussprechen, erklärte aber dann prompt, daß er den Antrag abweise. Sich darauf an die Gefangenen wendend und jedes Wort gewichtig und mit tiefstem Ernste aussprechend, sagte Herr Smyth: „Most, Sie haben schon mehrere Straftermine in anderen Ländern, aus welchen Sie wegen der von Ihnen gepredigten Doktrinen und wegen Ihrer Anstrengungen, Andere zu schweren Verbrechen aufzureizen, sich flüchten mußten, durch gemacht. Ich bebaue, daß das Gesetz mir nicht erlaubt, eine Ihrem Verbrechen entsprechende Strafe über Sie zu verhängen. Sie haben zur Anwendung von Gift, Mord und Brandstiftung gerathen. Sie haben aufreizende Reden an unwissende Leute gehalten und diese zu den schrecklichsten Verbrechen gegen die Bürger und gegen die Gesellschaft aufgefordert. Sie sind sogar so weit gegangen, Dienstboten in der Zubereitung und Verabreichung von Gift Unterricht zu ertheilen. Einen schlimmeren Schurken, als Sie sind, giebt es auf Erden nicht. Es ist nothwendig, daß Leute Ihres Charakters und mit Ihren Ansichten der Strafe nicht entgehen, daß die Geseze dieses Landes, obwohl sie sehr milde sind, um jeden Preis aufrecht erhalten werden, und daß diejenigen, welche die Geseze verletzen oder den Versuch dazu machen, strenge Strafe trifft. Es ist nutzlos, an einen Mann Ihres Charakters weitere Worte zu vergeuben, und Ihr Urtheil lautet dahin, daß Sie auf 1 Jahr bei harter Arbeit im Penitentiary eingesperrt werden und eine Geldstrafe von 500 Dollars bezahlen, dabei auch verurtheilt sind, für jeden nicht erlegten Dollar der Strafe einen Tag im Gefängnisse zuzubringen, wie dies vom Geseze vorgeschrieben ist. Wie ich schon vorher bemerkt habe, thut es mir außerordentlich leid, daß das Geseze mir nicht erlaubt,

eine schwerere Strafe über Sie zu verhängen. Was Sie, Braunschweig, betrifft, so sind Sie nicht der Mann von der Erziehung und Erfahrung Most's und besitzen die Kapazität nicht, welche Most besitzt. Deshalb werde ich zu Ihren Gunsten einen Unterschied machen und Sie zu 9 Monaten Penitentiary bei harter Arbeit und 250 Dollars Geldstrafe verurtheilen. Schenk, es wurde der Beweis geliefert, daß Sie sich früher eines guten Charakters erfreuten. Auf dem Zeugensstand gaben Sie indessen zu, daß Sie ein Anarchist seien und an anarchistische Doktrinen glaubten. An der in Rede stehenden Versammlung nahmen Sie jedoch keinen anderen Antheil, als daß Sie in derselben den Vorsitz führten und Most den Versammelten als Redner vorstellten. Angesichts dieser Umstände verurtheile ich Sie zu 9 Monaten Haft im Penitentiary bei harter Arbeit.“ Bleich und mit nervösen Zittern hörten die drei „Genossen“ der strengen Rede des Recorders zu. Die Augen hatten sie zu Boden gesenkt, und bei Most, der mit seinen Händen das vor ihm befindliche Gitter krampfhaft umspannte, als ob er sich vor dem Uasinken bewahren wollte, machte sich ein fortwährendes Zucken seines häßlichen Gesichts bemerkbar, dessen Farbe beständig aus glühender Röthe in plötzliche Leichenblässe und umgekehrt umsprang. Die Worte des strengen Richters machten einen nur zu erschütternden Eindruck auf ihn, und seine Genossen blieben von diesem Eindruck gleichfalls nicht verschont. Die Verurtheilten wurden sodann mittelst Handfesseln wieder aneinander gefesselt und aus dem Saale geführt, um mit der „Black Maria“ nach den Lombs zurückgebracht zu werden. Als Most aus dem Gerichtssaal trat, rief er einigen Bekannten auf Deutsch zu: „Das nennen diese Kerle Gerechtigkeit!“ Bald waren sie in den Lombs wieder angelangt, allein lange blieben sie nicht in dem ihnen bekannten Gefängnisse. Um 1 Uhr Nachmittags mußten sie abermals den Gefängniswagen bestiegen, der sie in Gesellschaft einer Anzahl anderer Verbrecher nach dem Dampfer „Thos. S. Bremen“ brachte. Dieser beförderte die vorläufig „kalt gestellten“ Anarchisten nach Blackwells Island. Warden Pillsbury nahm Most, Schenk und Braunschweig dort in Empfang, ließ sie mit ihren übrigen Gefährten in dem bekannten „Straßlingsmarsch“, dicht hintereinander, die rechte Hand auf die Schulter des Vordermannes gelegt, nach der Penitentiary Office führen und ihre Namen u. s. w. eintragen. Gleich danach wurde das Kleeblatt nach der Barbierstube gebracht, wo ihnen die Haare ganz kurz geschnitten und die Härte abstrift wurden, worauf man Most und Schenk der Schmiedewerkstätte und Braunschweig als gelernten Schreiner der Schreiner- und Zimmermannswerkstätte zutheilte.

München, 22. Juni. (Kammer der Reichsräthe.) Ueber die ziemlich eingehenden Auskünfte und Andeutungen, die gestern den bairischen Reichsräthen auf Grund des geheimen Aktenmaterials über König Ludwig gegeben wurden, haben wir bereits im gestrigen Abendblatt berichtet. Die Ausführungen des Referenten v. Reimayer wurden durch weitere Mittheilungen des Ministerpräsidenten v. Luz ergänzt, der zugleich die Haltung des Ministeriums zu rechtfertigen suchte. Es geht hierüber dem „B. L.“ folgendes fernere Telegramm zu, nach welchem Minister v. Luz weiter ausführte:

Wesentliche Symptome waren die Verlegenheiten der Zivilliste. Der bekannte Regelungsversuch von 1884 habe zu keiner dauernden Ordnung geführt, und selbst ein großes, etwa neuerdings negoziirtes Anlehen würde ebenso wenig Erfolg gehabt haben. In Kurzem hätte der König bei seinen Neigungen wieder vor der alten Kalamität gestanden. Alle Versuche, dem Könige durch die Nothwendigkeit, angesichts leerer Kassen zu sparen, die Grenzen seiner Macht begrifflich zu machen, waren vergeblich. Erst da kamen wir mit zwingender Nothwendigkeit auf den Gedanken, daß eine unheilbare Geistesstörung vorliege, und im März hatte ich die erste Unterredung mit De. v. Gubden. Wären meine Kollegen und ich Psychiater gewesen, so würden wir den Zustand des Königs früher erkannt haben; hätten wir aber gehandelt, bevor wir die volle Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer Besserung gehabt, so wären wir Hochverräther gewesen — ganz abge-

sehen davon, in welche Lage wir den Prinzregenten gebracht hätten, wenn etwa die Kammern nachträglich erklärt hätten, das ihnen vorliegende Material genüge nicht, um die Regentschaft zu rechtfertigen. In außerordentlicher Lage greift man zu außerordentlichen Mitteln, und da muß die untergeordnete Frage, ob der König bei Unterzeichnung nicht allzu wichtiger Staatsakte etwa nicht mehr regierungsfähig gewesen, in den Hintergrund treten.

Redner beklagt sich dann über die zahllosen Lügen und falschen Versionen in der Presse; erst heute habe er die Schilderung eines Hamburger Blattes über die Vorgänge in Hohenschwangau gelesen, die von A bis Z erlogen sei. Zweifellos hätten die Minister noch viel mehr Material beibringen können, aus Gründen der Pietät ließen sie sich's aber an dem vorgelegten genügen.

Eine weitere persönliche Vorkellung beim Könige (wie der kirchliche Graf Ortenburg, der Vorredner, sie gewünscht) wäre einfach unausführbar gewesen. Ließ sich denn der König sprechen? Sei doch das direkte mündliche Verfahren längst abgeschafft gewesen! Das geheime Vorgehen der Staatkommission wäre durch die Umstände und namentlich auch durch die wohlbekannte hochgradige Erregtheit des Königs und die Rücksicht auf dessen Leben geboten gewesen.

Deshalb mußte auch im Moment der Mittheilung von der eingesezten Regentschaft Dr. von Gubden in Aktion treten. Der Bezirksamtmann von Füssen habe, sobald er von der Regentschaft unterrichtet war, den Gendarmen Befehl im Sinne der Kommission gegeben; die Gendarmen aber, noch ganz erfüllt von des Königs direktem Befehl und gewiß in gutem Glauben, verweigerten den Gehorsam.

Gubden habe den wiederholten und dringendsten Befehl gehabt, den König nur ja recht schonend zu behandeln. Schloß Berg sei als Aufenthalt erst gewählt worden, nachdem Gubden jede Verantwortlichkeit für das Leben des Königs in Hohenschwangau abgelehnt und Linderhof aus anderen Bedenken (zu weite Entfernung von der Hauptstadt und wegen der Stimmung der Bevölkerung) als unpassend befunden worden war. In Berg seien elliptisch alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden; auch eine Absperrung gegen den See zu war geplant, aber bei der Kürze der Zeit noch nicht ausführbar gewesen.

Fürst Löwenstein-Freudenberg (streng kirchlich) greift das Ministerium scharf an. Dasselbe habe thatsächlich Jahre lang eine vollständige Ministerherrschaft geführt, die nach der Verfassung nicht begründet war. Schon seit langen Jahren schwebten die Gerichte von der Unzurechnungsfähigkeit des Königs; Aufgabe des Ministeriums wäre es gewesen, sich Klarheit darüber möglichst bald zu verschaffen, und das um so mehr, als das Ministerium keinen anderen Grund für seine Existenz geltend machen konnte, als die Berufung auf das Vertrauen eben dieses Königs, als es gegen den Willen der Majorität im Amte blieb. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Der Referent verzichtet auf das Schlusswort.

Der Antrag des Ausschusses, der Regentschaft die Zustimmung zu erteilen, wurde von den anwesenden 48 Reichsräthen einstimmig angenommen. Der Dotationsantrag wurde dem Finanzausschuss überwiesen. Der Präsident schlägt schließlich vor, allenfallsige Anträge betreffs Interpretation von Titel 10, Kapitel 18 der Verfassung (Beamtenstellung während der Regentschaft) einem Ausschusse zu übergeben.

München, 22. Juni. In Bayern häufen sich die Konfessionen von Blättern, die den Regenten oder das Ministerium beleidigt haben sollen, ohne daß der gesetzliche Grund dieser Verschlagnahmen erkennbar wäre. — Ueber die vorgestrigte Sitzung des Ausschusses der Abgeordneten-Kammer wird der „Frf. Z.“ berichtet:

„Die Sitzung begann mit einer großen Klage von beiden Seiten, daß alles heraus komme. Der Streit verlief im Sande. Hundert Briefe mit Gelbangeboten aus allen Ländern der Welt liegen vor. Der Minister ist aber bekanntlich nicht genöthigt, alles Material vorzulegen. Das zur Sittengeschichte Gehörige ist nur gestreift, weil es unmöglich war, die Chevauliers von Hohenschwangau zur Verneinung kommen zu lassen, da der

König Verdacht geschöpft hätte. v. Gubden hatte in seinem Gutachten keinen Werth darauf gelegt, weil es eine Schwäche sei, die auch bei gesunden Menschen vorkomme. Der Kammerdiener Meier, welcher eine Aussage bei Lebzeiten des Königs verweigerte, wurde nach dessen Tode vernommen; alle anderen Aussagen sind vor dem Tode gemacht worden.“

München, 22. Juni. Zu den Anzeigungen, ob König Ludwig II. wirklich aus eigenster Initiative dem Könige von Preußen die Kaiserwürde angetragen habe, bemerkt die „K. Hart. Zeitung“:

„Wir sind in der Lage, eine bisher, so viel wir wissen, nicht bekannt gewordene Thatsache mitzutheilen, über deren Authentizität nach der Quelle, aus der sie stammt, jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Danach ging der erste Vorschlag des Königs Ludwig dahin, König Wilhelm zum Kaiser von Norddeutschland zu proklamiren. Thatsächlich wurde dieser Vorschlag an allerhöchster Stelle zur Kenntnisaahme unterbreitet, vom König Wilhelm aber ausdrücklich abgelehnt. Es erfolgten nunmehr weitere Verhandlungen und darauf schließlich das bekannte entscheidende Schreiben des Kaiserkönigs. Wir sind, wie gesagt, in der Lage, diese Mittheilung als unzweifelhaft wahr zu verbürgen.“

Ausland.

Paris, 19. Juni. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt man hier die großen Flottenmanöver im Mittelmeer, bei denen es sich hauptsächlich um Erprobung der Kampf- und Verwendungsfähigkeit der sogenannten Hochsee-Torpedoboote handelte. In den zwei ersten Abschnitten dieser Manöver, die bei Toulon und nördlich von Korffia stattfanden, haben die Torpedoboote nur geringe oder eigentlich keine Erfolge aufzuweisen gehabt, denn es scheint, daß sie in Wirklichkeit trotz ununterbrochener Angriffe kein einziges Panzerschiff gesprengt haben würden. Torpedoschiffe sind freilich genug abgegeben worden, aber entweder aus einer so großen Entfernung, daß das Treffen unmöglich oder doch im höchsten Grade unwahrscheinlich war. Einige Boote sind zwar dicht an die Panzerschiffe herangekommen und haben aus wirksamer Schußweite gefeuert, diesen Erfolg aber nur dem Umfange zu danken gehabt, daß sie, obwohl auf größere Entfernung entbedt, sich um das auf sie gerichtete Feuer nicht im Mindesten kümmernten und ruhig durch einen Hagel von Hotchkiss-Geschossen durchzuziehen, so daß die Kommandeure der Panzerschiffe wohl mit Recht behaupten, daß sie die Torpedoboote unfehlbar in den Grund geböhrt haben würden, ehe diese ihre Geschosse abfeuern konnten. Die meisten der Angriffe haben bei Nacht stattgefunden und dabei hat sich herausgestellt, daß dem Torpedo im elektrischen Licht ein fürchtbarer Gegner erwachsen ist, da es den Panzerschiffen möglich wurde, mittels starker Reflektoren das Meer auf weite Entfernung zu beleuchten, die nahenden Torpedoboote rechtzeitig zu entdecken und ihnen mit ihren Hotchkiss-Kanonen entgegenzutreten, ehe sie in die Lage kommen, die Torpedos abfeuern zu können. Noch durch einen anderen Umstand zeigte sich das elektrische Licht als gefährlicher Feind des Torpedos: dieser ist bei seinem Annähen natürlich in volles Dunkel gehüllt und die Augen der Besatzung sind an diesen Zustand gewöhnt; wenn sie nun plötzlich von den Strahlen des elektrischen Lichtes getroffen werden, so tritt die Erscheinung auf, daß sie die Fähigkeit, die Entfernung richtig zu schätzen, in auffallendem Grade verlieren. So ist es geschehen, daß Torpedoboote sich im Glauben befanden, feindlichen Panzerschiffen auf 400 Meter nahe gekommen zu sein, und daß sie daher das für „Feuer“ verabredete Signal gaben, während sich später herausstellte, daß sie thatsächlich über 1000 Meter entfernt gewesen waren, eine Entfernung, die jeden Torpedoschuß unmöglich macht! Bei dem letzten Manöver-Abschnitt, während dessen die Torpedoflotte des Admirals Brown die Panzerflotte des Admirals Lafont im Golf von Ajaccio angreifen sollte, bewährte sich wiederum das elektrische Licht als ausgezeichnetes Schutzmittel gegen die Torpedos, außerdem aber haben die letzten Versuche sehr interessante, für die französische Marine ungünstige Ergebnisse bezüglich der Seefähigkeit der Torpedoboote. Admiral Brown hatte 18 Torpedoboote vom Typus 28 und 35 Meter

